



Enge-Sande, den 23.02.2010

Statement der Bürgerinitiative zur erteilten Absage der Einladung der britischen und norwegischen Botschaft zu einer Diskussionsrunde bzgl. „Strategien für einen CO2-armen Energiemix aus Sicht der Zivilgesellschaft.“

Für Donnerstag, den 25. Februar 2010 haben die Britische und die Norwegische Botschaft mehrere NGO's und Bürgerinitiativen zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Thema sind „Strategien für einen CO2-armen Energiemix aus Sicht der Zivilgesellschaft.“

Die Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager e.V. hat ihre Einladung zur Teilnahme an dieser Veranstaltung abgelehnt, da bereits in der Einladung herauszulesen war, dass man die geladenen NGO's und Bürgerinitiativen als Alibi für eine schon im Vorfeld feststehendes Ergebnis benutzen möchte. Trotz einer angekündigten Übernahme der Fahrt- bzw. sonstigen Kosten, lässt sich unsere ablehnende Position zu einem CO2-Endlager nicht „erkaufen“.

Die Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager unterstützt die an dieser Diskussion teilnehmenden NGO's, darunter BUND und Greenpeace, in ihrer einhelligen Ablehnung jeglicher Form der CO2-Endlagerung.

Wer Interesse an einem CO2-armen Energiemix aus Sicht der Zivilgesellschaft hat braucht sich nur im Amt Schafflund und in Nordfriesland umzusehen. Statt der dort geplanten Verpressung von mindestens 150 Millionen Tonnen CO2 in den Untergrund, mit dem Risiko der Versalzung und Versauerung des Grundwasser, sowie möglichen CO2-Austritten, Erdhebungen und -senkungen nebst zahlreichen weiteren Gefahren, wird hier durch Windkraft bereits mehr Strom produziert, als das Amt selber benötigt.

Die hier lebenden Menschen, sind entgegen der von anderen Stellen lancierten Unterstellungen, sehr wohl bereit, auch vor ihrer Haustür für den Klimaschutz notwendige Anlagen zu dulden; wenn nicht sogar zu fordern und zu fördern.

Ein CO2-Endlager hat jedoch nichts mit Klimaschutz zu tun, sondern dient nur dem Gewinnstreben monopolistischer Großkonzerne, die neben Milliarden an Fördergeldern auch noch kostenlose Zuteilungen an CO2-Zertifikaten erhalten wollen.

Wie das Mitglied des Bundestages Wolfgang Börnsen [CDU] auf seiner Homepage selbst schreibt, hat inzwischen auch die Bundesregierung zur Kenntnis genommen:

„dass beim ersten CCS-Entwurf, welcher im Sommer durch den damals zuständigen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorgelegt worden war, offenbar gerade nicht genügend auf die Sorgen der Bevölkerung eingegangen worden ist, dass die nötige Transparenz gefehlt hat und vor allem, dass die Kritik an fehlenden Sicherheitsstandards berechtigt war. Damit ist ein gewisser Umdenkprozess in Berlin zu erkennen.“

Die Bürgerinitiative unterstützt weiterhin die Landesregierung von Schleswig-Holstein in ihrer Ablehnung einer CO2-Endlagerung in Schleswig-Holstein, die auch nach der Wahl zu Ihrem Wahlversprechen steht.